

Berliner Tageblatt

Nr 553

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Haltung der Alliierten auf der Vorkonferenz.

Nur Teilberatungen in London?

Aufmachungen über Italiens Vorschläge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Dezember.

Die Morgenzeitungen teilen mit, daß der Plan für die Reparationsabmachungen, an dem Poincaré arbeitet, auf der Konferenz in London noch nicht vollständig vorgelegt werden soll. Dieser Plan wäre zu umfangreich, um in einem kurzen Meinungsaustausch besprochen zu werden; auch hätten die kleineren Verbündeten, die gleichfalls an den Reparationen interessiert sind, das Recht, an den Verhandlungen teilzunehmen. Aus diesem Grunde soll der Hauptplan erst in Brüssel zur Diskussion gestellt werden, während die Vertreter der Alliierten in London sich damit beschäftigen werden, nur einen Teil des Projektes zu studieren. Als die Fragen, welche eine solche Lösung verlangen, werden genannt: die Stabilisierung der Mark und die Mittel, durch die eine tatsächliche Finanzreform in Deutschland herbeigeführt werden kann. Das wäre etwa die Antwort auf das deutsche Gefühl um einen Zahlungsaußschuß, das bis 31. Dezember beantwortet werden muß, oder vielmehr, da diese Antwort von der Reparationskommission erteilt werden muß, die Formulierung der bestimmten Bedingungen, die Frankreich für die Bewilligung eines Moratoriums stellt. Alles übrige, das heißt die Verrechnung der Kriegsschulden, die Herstellung der deutschen Verpfändungen und die Frage der internationalen Anleihe, soll dann in Brüssel besprochen werden. Dies sind lediglich die französischen Ideen, die im Verlauf der letzten acht Tage verschiedene Male sich geändert haben, und die bei der Diskussion in London sich noch weiter ändern können.

Die unklar heute noch die Situation ist, zeigen die untereinander verschiedenen Echoverlautungen, zu denen die Berliner Zeitungen am gleichen Tage gelangen. Einige Blätter glauben, daß die Vorkonferenz in London wichtiger sein werde als die Hauptkonferenz in Brüssel, und daß sie deshalb bis Mittwoch nächster Woche dauern könne. Andere Zeitungen sind der Ansicht, daß die Londoner Beratungen sehr kurz sein werden, und daß erst in Brüssel das letzte Wort gesprochen werden würde. Die letztere Ansicht ist richtig, der ersten hat, daß die Pläne der Endverhandlungen am letzten Sonntag von Poincaré streng geprüft worden sind, und daß nun ein festes Rahmen der französischen Ziele in Arbeit ist, das heute oder morgen dem Ministerpräsidenten vorgelegt werden soll. Aus diesem Zusammenhang läßt sich vorläufig nur schließen, daß die französische Regierung mit den anderen Mächten nicht einmütig einig ist über die grundsätzliche Meinung ist. Nach der Meinung in politischen Kreisen wird die Konferenz in London sich ungefähr in folgender Weise abspielen: Poincaré wird die Bedingungen auseinandersetzen, die Frankreich im Falle einer von der Reparationskommission formulierten Zahlungsfähigkeit Deutschlands stellen will. Hiermit wird dann der belgische Anliehenplan vorgelegt, der sich an die Forderung des Einheitswährungsprinzips anknüpft. Dieser Plan ist nicht aggressiv, er zielt die finanzielle Situation Frankreichs, wenn die Regierung des Herrn Cuno wirklich gekommen ist, ein politisches Programm anzunehmen, wird sie zugeben müssen, daß dieses französische Projekt durchführbar ist und die deutschen Möglichkeiten nicht übersteigt. Man wird in Deutschland diese Auffassung mit der Vorsicht aufnehmen, zu der uns frühere Erfahrungen veranlassen.

Neben dem Plan des Ministerpräsidenten Poincaré, von dem so viel die Rede ist, wird in den Kreisen, die mit der internationalen Finanzverwaltung haben, ein anderes Projekt besprochen, für das angeblich auch einige französische Politiker von Bedeutung — darunter ein früherer und ein wahrscheinlich kommender Minister — Zustimmung machen sollen. Zum Zweck der Information seien die Grundlinien dieses Planes mitgeteilt. Die Verhandlungen beziehen auf einen Teil der Rechte, die sie nach dem Versailler Friedensvertrag auf das deutsche Reich haben zugunsten eines internationalen Anleihefonds, das eine Anzahl von Milliarden erreichen können, dienen zum Teil zur Stabilisierung der Reparationen, besonders der Sachlieferungen, außerdem der anderen Teil zur Stabilisierung der Mark und zum Aufbau von Wirtschaften, verwandt mit 3. Deutschland wird Rückgeber dieser Anleihe, nachdem Frankreich provisorisch (?) befristet werden ist. Drei Jahre lang bliebe Deutschland von seinen Zahlungspflichtigkeiten befreit. 4. Nach diesen drei Jahren werden die Verbündeten aber, falls entsprechende Abmachungen getroffen werden sind, nur Frankreich in einer noch zu vereinbarenden Höhe an deutschen Unternehmungen interessiert. Diese letzte Bedingung soll nach der Meinung der Anhänger dieses Projektes nicht nur Frankreich die nötige Ergänzung der Reparationszahlungen bringen, sondern zugleich eine Sicherung gegen jeden „Revanchegebanken“ Deutschlands bedeuten. Dieser Plan, der wie eine Verleumdung mehrerer in letzter Zeit erörterter Projekte ausieht, ist unvorstellbar, dürfte aber vorläufig daran scheitern, daß Poincaré nicht einmal daran denken wird, auf irgend ein Recht aus dem Versailler Vertrag zu verzichten. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß die Mehrheit des französischen Volkes jetzt

schon in dieser Beziehung anders denkt, als der Ministerpräsident. Soweit sich vor heute noch nicht in Frankreich, nur ein kleiner Kreis einflussreicher und mutiger Männer vertritt ungefähr die Gedanken, die vorher entwickelt worden sind.

Zulage Mussolinis.

Eine Haava-Zote über die Londoner Beratungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Dezember.

Die „Tribuna“, die jetzt den Anschluss an die Regierung gefunden hat, schreibt, die auf den 9. Dezember festgesetzte Sitzung der Konferenz über die Reparationen werde wahrscheinlich nicht auf unbestimmte Zeit betagt werden. Mussolini bedeutete nämlich den Alliierten Kabinetten, daß die Konferenz unnötig sei, wenn nicht zuvor eine Maßnahme für eine gemeinsame Verhandlung, beispielsweise in der Richtung der Verknüpfung der interalliierten Schuldenfrage mit der Reparationsfrage, gelände. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen, und die Konferenz wurde nicht auf unbestimmte Zeit betagt. Wenn die Konferenz sich lediglich mit der Feststellung der deutschen Zahlungsmöglichkeiten oder mit der Erörterung eines einzigen neuen Moratoriums beschäftigen sollte, so genüge die Reparationskommission, ohne daß die Premier's sich zu bemühen brauchen. Immerhin sei es nicht ausgeschlossen, daß schließlich noch im letzten Augenblicke auch ohne die Zulage Mussolinis eine Verständigung möglich sei, wenn nicht zuvor noch stattfinden könne. (Dieser Darstellung steht der Haava-Bericht entgegen, der die bereits erfolgte Zulage Mussolinis zur Teilnahme an der Londoner Vorkonferenz meldet. D. Red.)

Paris, 5. Dezember. (W. T. B.)

Haava veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: Mussolini hat die Einladung, sich nach London zu begeben, angenommen. Der italienische Ministerpräsident wird sich nicht in Paris aufhalten, sondern vorher mit Poincaré zu beraten; er begibt sich direkt nach London. Poincaré wird wahrscheinlich am Freitag mit dem Finanzminister de Laferrière abreifen. Nach französischer Ansicht wird die Londoner Zusammenkunft nicht den Charakter einer wütlichen interalliierten Konferenz haben. Es könne sich nur um einen einfachen, offiziösen Meinungsaustausch handeln, und die privaten Unterredungen müßten zum ersten Ziele haben, nach einem gemeinsamen Uebereinkommen die Modalitäten der Währungsreform festzulegen, deren Einberufung man in Paris fortgesetzt für notwendig halte. Es sei unter diesen Umständen nicht anzunehmen, daß Poincaré in London einen umfassenden Zahlungsplan für die Reparationen oder einen bestimmten Plan zur Regelung der interalliierten Schulden zur Sprache bringen und entwickeln werde. Die Einleitung dieses Verhandlungsprozesses soll der Währungsreform vorbehalten bleiben, wo neben den finanziellen Großmächten auch die Vertreter der kleinen Nationen anwesend sein würden. Zu Paris nimmt man an, daß die Londoner Verhandlungen nicht länger als zwei Tage dauern werden.

Unterhausdebatte über die Sanktionsdrohungen.

Erklärungen Bonar Law's.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Dezember.

Bonar Law hat im Unterhause einige Fragen beantwortet, die auf die Haltung der englischen Regierung gegenüber den französischen Vätern Bezug hatten. Es ist aber nicht unwichtig, mit dem Bericht hierüber zu vergleichen, was französische Blätter über diese Angelegenheit sagen. Die beste Wiedergabe findet sich in „Greffoul“. Der Abgeordnete Renucci hat gefragt: 1. Ob die englische Regierung über den französischen Plan informiert sei, einen Teil des Ruhrgebietes zu besetzen und in diesem Gebiet ebenso wie im besetzten Rheinland eine französische Verwaltung einzuführen; 2. ob die Regierung vorher über diesen Plan befragt wurde. Bonar Law antwortete: „Ich habe keine Information über die erwähnten Pläne erhalten. Die englische Regierung ist nicht befragt worden.“ Auf eine weitere Frage Renucci's antwortete Bonar Law, alles, was ihm über diese Frage bekannt wird, im Unterhause mitzuteilen. Danach nimmt der Deputierte Woodrow Benn die Diskussion auf und fragt, ob die Regierung sich durch die Erklärung des früheren Kabinetts gebunden fühle, daß England an keiner militärischen Operation gegen Deutschland teilnehmen würde. Bonar Law: „Ich glaube nicht, daß die frühere Regierung eine Erklärung in diesem Wortlaut abgegeben hat. Wenn ich mich nicht täusche, besag ihre Erklärung auf einen Bundesfall. Ich bitte aber, diese Antwort nicht als einen Ausdruck meiner Ansicht über diese Frage zu betrachten. Ich enthalte mich in diesem Augenblicke jeder Meinungsäußerung.“ Später wird Bonar Law gefragt, ob er geneigt sei, Aufschluß über die Stellung der Regierung in der Krisenfrage zu geben. Bonar Law erklärte: Die anderen französischen Verbündeten lassen die Ausführungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei verlangen, daß als Vorbereitung für weitere Verhandlungen wenigstens die Klärung des rechten Rheinufers verlangt werden solle. „Ich kann im Augenblicke diesen Worten nichts hinzufügen“, antwortete der Ministerpräsident. Diese Darstellung findet sich in „Greffoul“. Die anderen französischen Verbündeten lassen die Ausführungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei vollständig für und verweigern einen Teil der Antworten Bonar Law's, so daß die französischen Leser ein ganz falsches Bild gewinnen müssen.

Krisenmacherei in Preußen?

Stegerwald und Graf Westarp hinter den Kulissen.

Aus parlamentarischen Kreisen Preußens erhalten wir die folgende Aufzählung, die wir wiedergeben, um die Aufmerksamkeit auf gewisse Vorgänge hinter den Kulissen der großen Koalition in Preußen zu lenken. Die Redaktion.

In Zeitungsartikeln und Reden verkündet es Herr Stegerwald, andere rechtsstehende Blätter brüden es mit sichtbarer Freude nach, und in der „Kreuzzeitung“ unterzeichnet es Graf Westarp. Nachdem die Sozialdemokraten im Reich aus der Regierung ausgeschieden sind, sei es eigentlich zweifellos unbedenklich, daß man sie in den Ländern, und insbesondere in Preußen, noch in den Regierungen, und gar noch in den besonders wichtigen Innenministerien, beliebe. Überall wird es so dargestellt, als ob ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen der Minoritätswortung im Reich und der Verwaltungsbereitschaft in den Ländern bestünde. Daß die Deutsche Volkspartei schon seit dem November vorigen Jahres, also ein volles Jahr, in der preußischen Regierungskoalition ist, während sie im Reich bis dahin außerhalb der Regierung und vielfach in der Opposition „und, wie Herr Stegerwald, Graf Westarp und die übrigen Kritiker öffentlich zu überlegen. Sie begreifen den Grundirrtum vor allem darin, die Erlaubnis zur Mitarbeit in den Landesregierungen als eine Art Prämie für das Eingehen des Risikos bei der Übernahme der Verantwortung im Reich anzusehen. Es ist notwendig, dieser Auffassung denn doch einmal entgegenzutreten, damit nicht auf die Dauer Mischlingen konfirmiert werden, die schließlich mit dem Wesen eines demokratischen Parlamentarismus nicht zu tun haben.

Die Aufgaben der Regierungskoalition im Reich und in den Ländern sind grundverschieden. Im Reich liegt das Schwerpunkt der Tätigkeit nach außen in der Führung der auswärtigen Politik und nach innen in der Gesetzgebung. Bei den Ländern aber ist die Regierungstätigkeit in der Hauptsache auf die eigentliche Verwaltung beschränkt. Es ist nun bei der Vielfalt der heute auftauchenden Probleme gar nicht zu vermeiden, daß sehr häufig insbesondere auf dem Gebiete der Einwirkung zur auswärtigen Politik dann oder auch bei all den mit dem Versailles-Traktat unmittelbar zusammenhängenden Fragen der Wirtschaft, und Finanzpolitik tiefgehende Differenzen zwischen der Koalitionspartei im Reich sich aufbauen. Gegenläufige, die um so schwerer lösbar müssen, als sie sehr häufig weit über das Gebiet der Politik und der einfachen Zweckmäßigkeitfragen hinaus an die Unabhängigkeit der einzelnen Parteien rühren und auch zuweilen, was am peinlichsten empfunden wird, einzelne Parteien in Streitigkeiten vor radikale Entscheidungen stellen. Aus diesem Grunde wird es gar nicht zu vermeiden sein, daß bei der Reichskoalition, solange sie eben eine offizielle Koalition parlamentarischer Parteien ist, einmal offiziell und ein andermal jener Faktor ausscheidet, weil er nach tiefen politischen Grundanschauungen eine bestimmte Abkehr der Regierungspolitik nicht mitmachen kann und will, und dann nach dem Willen aller parlamentarisch reagierten Länder für einige Zeit in die Opposition übergeht. Es wäre nun einfach verkehrt und würde ein völliges Verkennen der verchiedenartigen Aufgaben im Reich und in den Ländern bedeuten, wenn ein solcher Vorgang im Reich dann jedesmal automatisch den gleichen Wechsel in den Ländern zur Folge hätte. Anagnostismen zwischen der Zukunftsregierung der Reichsregierung und den einzelnen Ländern werden entsprechend der verschiedenartigen Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Landesparteien nach ihren politischen Gesichtspunkten immer vorhanden sein und wirken zumeist nach der einen oder anderen Seite hin ausgleichend und bremsend. Daß derartige Gegenläufige auch im Frieden bestanden, wo dem Reichstag mit seiner starken Linken ein preußisches Abgeordnetenhaus mit seiner linksliberalen Zentrumspartei und Sozialdemokratie gegenüberstand, ist ja noch in aller Erinnerung. Ebenso, daß noch vor kurzer Zeit bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der Reichsregierung und der bayerischen Regierung sehr scharfe Gegenläufige vorhanden waren, ohne daß es den Herren Stegerwald und Graf Westarp je eingefallen wäre, zu verlangen, daß die Sozialdemokraten, die im Reich den stellvertretenden Kanzler stellen und eine Anzahl wichtiger Ministerien besetzt hatten, nun auch aus Gründen des politischen Ausgleichs wieder an der bayerischen Regierungsgewalt beteiligt werden müßten.

Es scheint also, als ob hier denn doch etwas auffällig mit ungleichem Maß gemessen wird, was bei einem so extrem rechts parteipolitisch festgelegten Politiker wie Graf Westarp ja nicht unverstehlich erscheint. Aber Herr Stegerwald, der doch früher am Bande der großen Koalition in Preußen verblieben ist, sollte doch jetzt seinen eigenen politischen Arbeit nicht so zu wiederholen, daß er nimmermehr diese Koalition wieder zerbrechen möchte. Er scheint mit bezaubernden Reden und Artikeln die bereits mehrfach aufgetauchte Vermutung zu bestätigen, daß er sich andauernd nach rechts drücken lasse, und daß sein ganzes Bestreben dahin gehe, die Führerschaft der Reichsregierung des Zentrums an sich zu reißen und, entgegen dem Einzug der Wirths, der Fraun und Partei die Ober-rechtsstehende „marxist“ aufzunehmen.

Ein so gewandter Politiker wie Herr Stegerwald muß sich darüber klar sein, daß seine augenblickliche Tätigkeit nur als ein Versuch aufgefaßt werden kann, die Deutsche Volkspartei in Preußen aufzusputzen; das heißt, sie in allen wichtigen Fragen des Kabinetts, insbesondere in den „Personalia“ gegen zu stärkerer Gegenwirkung gegen die sozialdemokratischen Ministerkollegen aufzureizen. Als Druckmittel, damit sich Herr Stegerwald, ganz ein Kopf und ein Herz mit Graf Westarp, könnte noch immer die Drohung dienen: „Meine

